

Nato-Gipfel: Unmut unter Kehler Hafenbetrieben

KEHL (rob). Unmut herrscht bei vielen der im Hafengebiet beschäftigten Arbeitnehmer. Wie ein Informationsaustausch der Betriebs- und Personalräte des Hafengebiets am Dienstagabend bestätigte, schließen einige Firmen während des Nato-Gipfels die Werkstore, da sie große Behinderungen ihrer Produktionsabläufe befürchten. Dazu gehören unter anderem die Badischen Drahtwerke mit 150 Arbeitnehmern sowie die Firma Bürstner, mit über 600 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber im Hafengebiet.

Begeistert ist Thomas Heidt, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei Bürstner und einer der Initiatoren des Treffens, von dieser Entwicklung nicht. Bürstner werde für eine Woche schließen, die Kollegen seien gezwungen, ihr Zeitarbeitskonto zu belasten und vorbeziehungsweise nachzuarbeiten – oder sie müssen quasi Zwangsurlaub nehmen. "Wenn es wenigstens noch in den Osterferien wäre, so dass die Kinder schulfrei haben, aber die beginnen erst eine Woche später." Was Heidt besonders ärgert: Dass die Schließung nach heutigem Informationsstand wohl nicht nötig wäre.

Man werde nun voraussichtlich versuchen, sie aufzuweichen. Rückgängig zu machen sei sie nicht mehr. Mittlerweile wurde von den Sicherheitskräften zugesichert, dass alle Arbeitnehmer trotz Kontrollen und Verkehrsbehinderungen ihren Arbeitsplatz erreichen können. Heidt: "Das hat vor wenigen Tagen noch anders geklungen." Da sei die Rede davon gewesen, dass die komplette Weststraße im Hafengebiet Parkzone für 15000 Sicherheitskräfte würde, dass 30 000 Demonstranten erwartet würden, ein Durchkommen für die Grenzgänger zu ihrer Schicht unmöglich wäre. Heidt: "Unsere Betriebsabläufe verlangen eine gewisse Zeit der Vorplanung. Die Firma war also gezwungen, eine Entscheidung zu fällen." Heidt kritisiert, dass die Organisatoren des NATO-Gipfels hierzu keine verbindlichen Informationen zur Verfügung gestellt hätten. Auch Frank Zewe, Betriebsratsvorsitzender der Badischen Stahlwerke (BSW), bemängelt dies. Es gebe mittlerweile Informationen über die Abläufe und die zu erwartenden Einschränkungen auf Kehler Seite. "Aber über die französische Seite wissen wir nichts", so Zewe. "Das ist umso ärgerlicher, als wir 45 Prozent Grenzgänger haben." Eine fünftägige Schließung hätte für seinen Betrieb einen Produktionsausfall von 20 Millionen Euro bedeutet. Mittlerweile sei klar, dass man bei den BSW durcharbeiten werde.

Seitens der Sicherheitskräfte werde verlangt, dass die im Hafengebiet beschäftigten Arbeitnehmer neben dem Personalausweis einen Werksausweis oder ein spezielles Schreiben des Arbeitgebers mit sich führen. Die Bundesstraße 28 sei im Bereich Kehl gesperrt, eine Überquerung nicht möglich. Die Unterführung "Graudenzer Straße" werde jedoch frei sein, so dass die Arbeitnehmer ins Hafengebiet kommen können. Dennoch rechne er mit Behinderungen für die französischen Kollegen. Am Samstag, 4. April, wenn sich gegen 10 Uhr die Staatschefs in Kehl treffen, werde man mit der Frühschicht eine Stunde früher beginnen, da bereits ab 6 Uhr die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt würden. Des Weiteren sei

mit der Betriebsleitung vereinbart, die einzelnen Schichten zu verstärken, um eventuelle Ausfälle zu kompensieren.

Rund 30 Arbeitnehmervertreter der Betriebe aus dem Hafengebiet waren bei dem Treffen zugegen, des weiteren Vertreter der Gewerkschaften und der Kirchen. Im Hafengebiet sind etwa 120 Firmen angesiedelt, von den BSW mit 850 Beschäftigten bis zum 1-Mann-Büro. Insgesamt arbeiten 4000 Menschen dort.

Monty Schädel, Geschäftsführer der Deutschen Friedensgesellschaft, die vor Ort die Protestkundgebungen organisiert, bestätigte im Rahmen des Treffens, dass es in Kehl lediglich zum Ostermarsch am 4. April kommen werde.